

vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES NORDRHEIN-WESTFALEN

NRW
SPD

Liebe Genossinnen und Genossen,

immer mehr Kinder in NRW leben unter der Armutsgrenze. Ihre Eltern können sich die Klassenfahrt nicht leisten. Ein Besuch im Zoo, im Kino oder im Theater ist zu kostspielig, Flötenunterricht oder die Mitgliedschaft in einem Sportverein sind zu teuer. Armut bei Kindern und Jugendlichen heißt aber nicht nur, kein Geld zu haben. Armut und ihre negativen Begleiterscheinungen zeigen sich auch im emotionalen, sozialen und kulturellen Bereich. Um die Lage der betroffenen Kinder nachhaltig zu verbessern, brauchen wir ein umfassendes Konzept. Die eindimensionalen Ansätze der schwarz-gelben Landesregierung bringen uns nicht weiter.

Für uns Sozialdemokraten ist klar: Wer Armut wirksam bekämpfen will, der muss in erster Linie die Bildungschancen verbessern. Daher muss Bildung beitrags- und gebührenfrei sein. Wir wollen, dass unsere Kinder länger gemeinsam lernen, weil damit Benachteiligung verhindert wird. Und wir setzen uns dafür ein, dass alle Schulen Ganztagschulen werden. Im Elementarbereich muss es eine deutliche Verbesserung von Angebot und Qualität geben.

Wie in anderen Politikbereichen auch, betreibt die Landesregierung beim Thema Kinderarmut reine Symbolpolitik. Jürgen Rüttgers macht zehn Millionen Euro locker, um Kindern aus einkommensschwachen Familien ein Mittagessen in der Schule zu ermöglichen. Dieser Betrag reicht aber hinten und vorne nicht. Er kommt nur den Kindern in Ganztagschulen zugute – die anderen gehen leer aus. Was wir in Nordrhein-Westfalen brauchen, ist ein schlüssiges Gesamtkonzept zur Bekämpfung der Kinderarmut. Dazu gehören Mahlzeiten in Kindertageseinrichtungen und Schulen für alle Kinder, zu denen die Eltern im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten einen gestaffelten Beitrag leisten.

Zur Bekämpfung von Armut gehört für die NRWSPD auch, dass Menschen mit einem geringen Einkommen stärker unterstützt werden. Wir wollen deshalb für Geringverdiener einmalige Beihilfen etwa für Kinderbekleidung oder Schulmaterialien. Hinzukommen muss für Bezieher niedriger Einkommen auch ein Kindergeldzuschlag. Die Familienberatung und Familienbildung muss gestärkt und die Kürzungen der Landesregierung in diesem Bereich dringend zurück genommen werden.

Liebe Genossinnen und Genossen,

es gibt viele Möglichkeiten, Kinderarmut wirkungsvoll zu begegnen. Erforderlich ist ein gezieltes Zusammenwirken von Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Gesundheits- und Familienpolitik. Dafür stehen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in NRW.

Eure Hannelore Kraft



NRW WIRD SCHLECHT REGIERT: „WAHLTAG IST ZAHLTAG“

Immer mehr Menschen in unserem Land merken: NRW wird schlecht regiert.

Derzeit vergeht kaum eine Woche, in der nicht gegen die Politik von Schwarz-Gelb vor dem Düsseldorfer Landtag demonstriert wird. Eltern, Erzieherinnen und Erzieher protestieren gegen das von der Landesregierung geplante Kinderbildungsgesetz (KiBiz), die Wohlfahrtsverbände gegen die Reform der Versorgungsverwaltung, Betriebsräte und Gewerkschaften gegen den Abbau von Mitbestimmung und die kommunalen Angestellten für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze.

Statt Politik für die Menschen im Land zu gestalten, setzt die Landesregierung den sozialen Zusammenhalt in NRW aufs Spiel. Der arrogante Umgang von CDU und FDP mit der Kritik und den Sorgen der Menschen zeigt: Diese Koalition spaltet das Land.

Auch in der Bildungspolitik schaltet die Regierung auf stur. Obwohl eine Studie nach der anderen unserem Bildungssystem schlechte Noten attestiert, halten Rüttgers und Co. aus reiner Ideologie am dreigliedrigen Schulmodell fest. Dem Bildungskonzept der NRWSPD hat die

CDU nichts außer billiger Polemik entgegenzusetzen. Die Wahrheit ist: Die CDU in NRW hat kein Konzept für die Schule der Zukunft.

Dabei drängt schon die eigene Basis auf neue Antworten. In den CDU-regierten Kommunen Horstmar und Schöppingen haben Eltern und Kommunalpolitiker jetzt die erste Gemeinschaftsschule in NRW beantragt. Zumindest dort hat man begriffen, dass das Bildungskonzept der SPD zu mehr Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit führt und ein wohnortnahes Schulangebot sichert.

Jürgen Rüttgers bekommt reichlich Gegenwind. Daran wird auch sein jetzt erschienenes Buch nichts ändern. Im Gegenteil. Denn dieses „Werk“ offenbart eine dramatische Form von politischer Bewusstseinspaltung. Was Rüttgers schreibt, hat nichts mit dem zu tun, wie Rüttgers in NRW politisch handelt. Das merken auch immer mehr Menschen im Land. Zu offensichtlich sind die Widersprüche. Und so ist bei den Protesten im Land immer wieder eins zu hören: „Wahltag ist Zahltag“. ■

„KIBIZ IST MUMPITZ“ – DEMONSTRATION GEGEN KIBIZ

Seit Wochen schon laufen landesweit Proteste gegen den KiBiz-Gesetzesentwurf, der 2008 in Kraft treten soll. Am 15. September erreichten die Proteste bei einer Massendemonstration vor dem Düsseldorfer Landtag mit mehr als 15.000 Demonstranten ihren Höhepunkt. Vor allem Eltern, Kinder und ErzieherInnen taten ihren Unmut gegen die Landesregierung kund. Sie befürchten durch dieses neue Gesetzesvorhaben einen Abbau der Qualität der frühkindlichen Bildung – insbesondere eine Verringerung der Betreuungszeit –, eine Einschränkung des Wahlrechts der Eltern und ein höheres Planungsrisiko für die Kommunen. Viele Kindergärten würden als Konsequenz massiv unterfinanziert. Zudem forderten die Demonstranten, die bisherigen Gruppengrößen beizubehalten.

„KiBiz ist Mumpitz und droht zu einem familienpolitischen Totalschaden zu werden“, bringt es die SPD-Fraktionsvorsitzende Hannelore Kraft auf den Punkt.

Deshalb fordert die nordrhein-westfälische SPD die komplette Rücknahme des KiBiz.

Die SPD befürwortet kleinere Gruppen, keine weitere Erhöhung des Elternbeitrages, eine auskömmliche Finanzierung der zusätzlichen Aufgaben in den Kitas sowie eine Weiterentwicklung der bewährten NRW-Bildungsstandards.

Bei ihren Protesten zeigten sich die Demonstranten äußerst kreativ. Mit vielen bunten Transparenten, Rasseln, Liedern und Reden verdeutlichten sie ihre Missstimmung. In Anspielung auf Familienminister Armin Laschet (CDU) sangen die Demonstranten lautstark: „Laschet sein“ (Lasst es sein) und „Kibiz ist Mumpitz, Herr Minister, treten sie zurück – und das sofort.“

Zudem übergaben die Demonstranten 123.000 Unterschriften gegen das Gesetzesvorhaben an den Vizepräsidenten des Landtages Edgar Moron (SPD). Die Landesregierung von CDU und FDP hatte es vorgezogen, keinen Vertreter zur Demonstration zu schicken.

Zu der Kundgebung hatte die Gewerkschaft ver.di mit 26 Verbänden der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, den Berufsverbänden und der Freien Wohlfahrtspflege aufgerufen. ■



HENNING KAISER / ddp



NRWSPD – Stark vor Ort:

GUMMIBÄRCHEN-AUFLAUF UND PFANNEKUCHENTORTE

Stolz halten die kleinen Gewinner ihr eigenes Exemplar in den Händen. Mit strahlenden Augen betrachten sie die Seiten des neuen Kochbuchs. Sie selbst sind die Autoren und Kreativköpfe des SPD-Projekts. Der SPD-Kreisvorsitzender Udo Schiefner hatte im Kreis Viersen einen groß angelegten Wettbewerb für Kinder im Grundschulalter initiiert: Gesucht wurden Lieblingskochrezepte, die von Kindern geschrieben und kreativ verziert sein sollten. „Es war ein außergewöhnlicher Wettbewerb, der sowohl der Jury als auch mir, aber vor allem den Kindern viel Spaß gemacht hat“, resümiert SPD-Kreisvorsitzender Udo Schiefner.

Es dauerte nicht lange, bis er die Verlegerin Iris Kater für diese Idee begeistern konnte. Der Aufruf an alle Kinder wurde gestartet und schon flatterten zahlreiche bunt gestaltete Rezepte in die Viersener SPD-Geschäftsstelle.

„Zu unserem Erstaunen waren wenig Pizza- und Nudelgerichte dabei“, erklärt Verlegerin Iris Kater. Pfiffige Gerichte sind

in dem schönen farbig gestalteten Buch zu finden: Hähnchenfilet an Erdnussflips-Soße, Gyros- oder Gummibärchen-Auflauf oder Pipi Langstrumpf-Pfannkuchentorte, aber auch ein deftiger Bohneneintopf, Spinatnudeln oder indische Frikadellen sind dabei. „Ursprünglich war das Buch in schwarz-weiß geplant, aber dann haben wir die Konzeption geändert, weil wir die tollen Zeichnungen in bunt darstellen wollten“, erklärt Schiefner und freut sich jetzt über die Veröffentlichung des Buches.

Die Jury hatte es wahrlich nicht leicht, von weit über 200 Kinderrezepten knapp 80 für das Kochbuch auszuwählen. Ein Gewinner pro Altersgruppe (insgesamt vier) hat einen Einkaufsgutschein über 50 Euro bekommen. Schulklassen konnten mit 50 Euro ihre Klassenkasse aufbessern.

Zum krönenden Abschluss des SPD-Projektes übergab Udo Schiefner zusammen mit der Jury die ersten druckfrischen Exemplare an die Kinder, deren Rezepte veröffentlicht wurden. ■

Der Erlös des Buchverkaufs an die Duisburger Kindermothilfe.

Das Buch mit dem Titel „Back- und Kochrezepte von Kindern für Kinder im Kreis Viersen“ (ISBN 978-3-937221-99-1) ist im Buchhandel erhältlich und kostet 12,95 Euro. Das Kinderkochbuch gibt es auch in der SPD-Geschäftsstelle, Rektoratstraße 30, in Viersen.

BUNDESPARTEITAG:

DIE NRW-KANDIDATINNEN UND KANDIDATEN

Die NRWSPD hat ihre Kandidatinnen und Kandidaten für die Vorstandswahlen beim SPD-Bundesparteitag vom 26. bis 28. Oktober in Hamburg nominiert. Neben Kurt Beck als Parteivorsitzenden schlägt der Landesverband Bundesfinanzminister Peer Steinbrück als Stellvertreter und die Parlamentarische Staatssekretärin im Finanzministerium, Barbara Hendricks, als neue Schatzmeisterin vor.

Für den insgesamt 45-köpfigen Parteivorstand kandidieren Ute Berg, Ulla Burchardt, Bärbel Dieckmann, Birgit Fischer, Jens Geier, Kerstin Griese, Hannelore Kraft, Joachim Poß, Martin Schulz und Angelica Schwall-Düren. Ilse Brusis und Gerd Kompe sollen die NRWSPD in der Bundesschiedskommission vertreten.



Peer Steinbrück



Barbara Hendricks



Ute Berg



Ulla Burchardt



Bärbel Dieckmann



Birgit Fischer



Jens Geier



Kerstin Griese



Hannelore Kraft



Joachim Poß



Martin Schulz



Angelica Schwall-Düren

FÜR MEHR RECHTSSICHERHEIT BEI DER DASEINSVORSORGE

Wir brauchen ein europäisches Rahmenrecht zum Schutz öffentlicher Dienstleistungen!

Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gründet der europäische Binnenmarkt auf den drei von Jacques Delors dafür definierten Grundprinzipien: Wettbewerb, der belebt, Zusammenarbeit, die stärkt und Solidarität, die verbindet.

Dieses Dreieck beschreibt aber gleichzeitig ein Spannungsverhältnis in der Europäischen Union, dem insbesondere die Leistungen der Daseinsvorsorge ausgesetzt sind. Dies hat in den letzten Jahren in Deutschland wie auch in den anderen Mitgliedstaaten zu (unterschiedlich) intensiven Diskussionen über die Daseinsvorsorge und ihre zukünftige Ausgestaltung geführt. Doch diese Diskussion beginnt schon bei einem simplen und doch grundlegenden Problem: der Definition der Daseinsvorsorge oder auch Dienstleistungen von Allgemeinem Interesse, wie es im europäischen Sprachgebrauch heißt. Denn eine solche Definition existiert nicht, stattdessen gibt es unterschiedliche Definitionen in den Mitgliedstaaten. Öffentliche Dienste werden auf unterschiedliche Art und Weise erbracht und finanziert. Selbst in Deutschland gibt es keine einheitliche Definition wie ein Blick in die Gemeindeordnungen der Länder belegt. Grob gesprochen verstehen wir unter der Daseinsvorsorge gemeinwohlorientierte Leistungen wirtschaftlicher und nichtwirtschaftlicher Art. Damit ist ein grundlegendes Problem schon benannt: die Wettbewerbs- und Binnenmarktregeln unterscheiden implizit zwischen wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Leistungen, ohne diese aber gegenseitig abzugrenzen. Die Leistungen von Allgemeinem Interesse sind gekennzeichnet durch bestimmte Kriterien, wie Versorgungssicherheit, hoheitliche Kontrolle oder gleichen Zugang für alle. Bei uns wird die Mehrzahl der öffentlichen Dienstleistungen traditionell von Kommunen und Gebietskörperschaften übernommen.

Für die Bürgerinnen und Bürger der EU sind Dienstleistungen von Allgemeinem Interesse mit hoher Qualität, niedrigen Preisen, flächendeckendem Zugang etc. unverzichtbar. Sie sind ein tragender Pfeiler des europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells und des Bin-



nenmarktes selber. Sie unterliegen selbstverständlich den europäischen Wettbewerbsregeln, sofern sie binnenmarktrelevant und wirtschaftlicher Natur sind, vor allem bei Gebietsmonopolen, Beihilfen oder Quersubventionen und im Vergaberecht. Es gibt eine Fülle von Binnenmarktregeln und detaillierte Gesetzgebung von denen die Leistungen der Daseinsvorsorge erfasst sind, aber klare und verbindliche Regeln für diese selber fehlen. So herrscht

derzeit bei vielen Akteuren, etwa bei Kommunen und öffentlichen Unternehmen, große Verunsicherung, die im Zuge einiger Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs v.a. im Bereich des Vergaberechts in den letzten Jahren noch gewachsen ist.

Deshalb gilt es, für alle Beteiligten mehr Rechtssicherheit auf diesem Gebiet zu schaffen. Diese Rechtssicherheit muss dadurch geschaffen werden, dass Dienstleistungen von Allgemeinem Interesse einerseits mit dem europäischen Wettbewerbsrecht vereinbar sind und dass andererseits ihr spezieller Charakter, wo nötig, geschützt wird. Hierzu bedarf es eines europäischen Rahmenrechts im Bereich der Daseinsvorsorge. Diese wird den Dienstleistungen von Allgemeinem Interesse ihren besonderen Platz im europäischen Binnenmarktgefüge garantieren und für alle Beteiligten klare Rechtsverbindlichkeit schaffen. Dabei geht es nicht darum, dass die Europäische Union die Erbringung der Dienstleistungen von Allgemeinem Interesse regelt! Im Gegenteil, dies ist Sache der Mitgliedstaaten und soll es auch bleiben. Die Europäische Union wird so aber die nötige Vereinbarkeit der Daseinsvorsorge mit den Regeln für einen funktionierenden Binnenmarkt leisten. Seit dem Jahr 2000 hat das Europäische Parlament in mehreren Entschlüssen bereits mehr Rechtssicherheit für Dienstleistungen von Allgemeinem Interesse verlangt und die Europäische Kommission aufgefordert, dahingehend tätig zu werden – zuletzt im Herbst letzten Jahres in dem von mir als Berichterstatter vorbereiteten Beschluss zum Weißbuch zu Dienstleistungen von Allgemeinem Interesse. Bislang hat die Kommission jedoch keine Initiative hervorgebracht. ■

DIE NRWSPD GRATULIERT...

...ZUM GEBURTSTAG

102 Jahre

15.10.1905 Herbert Schmidt
29.10.1905 Hans Kieselbach

100 Jahre

13.10.1907 Martha Heger

95 Jahre

10.10.1912 Emmi Lipa
11.10.1912 Hanna Langhoff
12.10.1912 Nora Kuntzsch
22.10.1912 Frieda Pepmeier
23.10.1912 Herta Kunz
25.10.1912 Hilde Dohm
25.10.1912 Franz Risse

...ZUR LANGJÄHRIGEN

MITGLIEDSCHAFT

50 Jahre Dieter Becker
Heinz Gilsdorf
Luise Heinrich
Lutz Kutter
Albrecht Lehmeier
Wilhelm Quadt
Günter Röntgen
Carl-Christoph Schweitzer
Berthold Terschluse

55 Jahre Artur Heiken
Siegfried Krispin
Wolfgang Tetzner
Erwin Wittler

60 Jahre Margarete Brinkmann
Walter Oberschelp
Jürgen Siegler
Wilfried Woudboer

IMPRESSUM

Herausgeber: Bernd Neuendorf
SPD-Landesverband NRW
Kavalleriestraße 16, 40213 Düsseldorf
Redaktion: Dirk Borhart, Andreas Uphues
Email: vorwaerts@nrwspd.de
Internet: www.nrwspd.de

GELUNGENE STAFFELÜBERGABE

FRANK BARANOWSKI NEUER SGK-LANDESVORSITZENDER

Über 500 Delegierte und Gäste verfolgten die 15. Landesdelegiertenkonferenz der SGK NRW in der Bielefelder Stadthalle am 1. September und das wichtigste Ergebnis wurde eindrucksvoll erzielt: Frank Baranowski wurde mit 97 Prozent der Delegiertenstimmen zum neuen Vorsitzenden der SGK in Nordrhein-Westfalen gewählt.

Mit lang anhaltendem Beifall dankten die Delegierten seinem Vorgänger, Dr. Gerhard Langemeyer, der den Vorsitz seit dem Jahr 2000 inne hatte und der der SGK als Bundesvorsitzender verbunden bleibt.

Langemeyer warnte die Landesregierung nachdrücklich davor, die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen einzuschränken, weil dies ein zentraler Angriff auf die kommunale Selbstverwaltung sei. Die Freiheit der Kommunen basiere schließlich auf der Möglichkeit, ihre finanziellen Grundlagen nicht nur vom Tropf staatlicher Zuweisungen abhängig zu machen, sondern eigene Einnahmen zu erwirtschaften.

Scharf kritisierte Langemeyer den Versuch von CDU und FDP, die Wahltermine der Bundestags- und Kommunalwahl 2009 aus politischen Erwägungen zu trennen: „Wie kann es eigentlich sein, dass Wahltermine nach politischen Erwägungen festgelegt werden? Wie kann es sein, dass zwei Generalsekretäre der Landesregierung ins Protokoll diktieren, was sie zu tun denken?“

Ausdrücklich setzte sich Langemeyer für eine Offensive in der Bildungspolitik ein: Der Weg der NRWSPD sei aus kommunaler Sicht zu begrüßen. Bildung von Anfang an, Bildung für alle, länger gemeinsam lernen, diese Grundsätze seien auch für eine kommunalpolitische Bildungsoffensive wegweisend.

Mit einer kämpferischen Rede stellte sich Frank Baranowski den Delegierten vor. Der vorsorgende Sozialstaat mache die Perspektiven für eine zukunftsorientierte Kommunalpolitik deutlich, die der sozialen



Gerechtigkeit verpflichtet ist. Am Beispiel des demografischen Wandels verdeutlichte er aber auch, dass dieser Gestaltungsauftrag keine „billige Lösung“ sei, sondern eine Herausforderung, für die die Kommunen auch finanziell handlungsfähig sein müssten.

Deutlich attackierte auch er die kommunalfeindliche Haltung der Landesregierung: Der Rückzug aus der Mitfinanzierung der Elternbeiträge, Mehrbelastungen durch das Kinderbildungsgesetz („KiBiz“), Haushaltsauflagen statt besserer Finanzausstattung, Streichung finanzieller Beteiligungen durch den Wegfall der Grunderwerbssteuer und die Einschränkung der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen seien nur wenige Beispiele dafür, wie die schwarz-gelbe Landesregierung den Kommunen das Leben schwer mache. Nachdrücklich setzte er sich dafür ein, Umweltpolitik und Klimaschutz wieder stärker zu kommunalen Themen der SPD zu machen, zu denen Kürzungen bei der Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs nicht passten.

„Lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass der Gegenwind aus Düsseldorf ab 2010 wieder zum Rückenwind für die Kommunalpolitik wird“, appellierte er an die Delegierten. Die SGK spiele dabei in der sozialdemokratischen Familie eine besondere Rolle, die sie auch künftig selbstbewusst wahrnehmen müsse. ■

WAHLWERKSTATT: KAMPAGNEN PLANEN



Um vier Wahlen innerhalb von zwölf Monaten im Jahr 2009 und 2010 erfolgreich zu managen, bedarf es einer perfekten Planung. Deshalb folgten knapp 300 Genossinnen und Genossen der Unterbezirke am 11. August der Einladung des Landesverbands nach Bochum, um gemeinsam zu erlernen, wie zu politischen Themen Kampagnen vor Ort entwickelt werden können. Schnell merkten die Genossinnen und Genossen: Gute, spannende Kampagnen, die

allen Spaß machen, sind keine Geheimwissenschaft, Kampagnenarbeit kann man lernen. Verdeutlicht wurde dieses an dem aktuellen Thema KiBiz.

Wie plane ich eine Kampagne? Wie zielgruppen-genau und interaktiv sind die geplanten Handlungen? Wer sind überhaupt die Zielgruppen? Welche bekannten Botschaften oder Slogans gibt es zu dem Thema? Über diese und noch zahlreiche weitere Fragen diskutierten die Teilnehmer mit professioneller Unterstützung der Bildungswerke und der SPD-Geschäftsführer aus den Unterbezirken. Gemeinsam wurden in den Arbeitsgruppen Drehbücher für die exakte Planung einer Kampagne und verschiedene Aktionsformen zur Umsetzung entwickelt.

Zum guten Gelingen der Wahlwerkstatt trugen die Bochumer Ortsvereine wesentlich bei, indem sie die Genossinnen und Genossen mit Kaffee, Kuchen und Bratwürstchen versorgten.

Nach dem Erfolg der ersten Wahlwerkstatt werden in den nächsten Monaten weitere Veranstaltungen vor Ort und auf Landesebene organisiert. ■